



FLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN
FUR DEN BEBAUUNGSPLAN Nr. 14 DER STADT OSTSEEBAD RERIK
FUR DAS GEBIET "PENSION SCHWABE"
ZWISCHEN KIRCHWEG UND STRABE AM ZELTPLATZ IN DER STADT OSTSEEBAD RERIK
(§ 9 Abs. 1 und 2 BeugB)

Innerhalb der Mischgebiete (Mi-Gebiete) werden von den nach § 6 Abs. 2 BauNVO allgemein zulässigen Nutzungen einzelne nach § 1 Abs. 5 BauNVO ausgeschlossen. Innerhalb der MI – Gebiete sind die sonst allgemein zulässigen Nutzungen nach § 6 Abs. 2 Nr. 6, 7 und 8 BauNVO unzulässig. Innerhalb der MI – Gebiete wird die sonst nach § 6 Abs. 3 BauNVO ausnahmsweise zulässige Nutzung gemäß § 1 Abs. 6 BauNVO ausgeschlossen und ist somit unzulässig. 2. GARAGEN UND ÜBERDACHTE STELLPLÄTZE (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB)

Eine Überschreitung der zulässigen Grundfläche durch überdachte Stellplätze und Garagen nac. § 21a Abs. 3 BauNVO ist im Plangebiet unzulässig. Die Möglichkeit zur Überschreitung der Grundflächenzahl nach § 19 Abs. 4 BauNVO wird ausgeschlossen. Garagen, überdachte Stellplätze und Carports müssen hinter der straßenseitigen Gebäudefront

3. ZAHL DER WOHNUNGEN IN WOHNGEBÄUDEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 6 BauGB)

Die höchstzulässige Zahl der Wohnungen in den Einzelhäusern wird mit maximal 2 Wohnungen begrenzt. Die höchstzulässige Zahl der Wohnungen in Doppelhäusern wird auf 2 Wohnung je Doppelhaushälfte begrenzt.

Die konstruktive Sockelhöhe darf eine Höhe von 0,50 m über dem Bezugspunkt nicht überschreiten. Der Erdgeschossfußboden darf jedoch auch nicht unter dem Bezugspunkt liegen. Das Maß der Sockelhöhe bezieht sich auf den vertikelen Abstand zwischen der Erdgeschossfußbodenoberkante und dem Bezugspunkt. Die Sockelhöhe ist der Schnittpunkt von Oberkante Erdgeschossfußboden (Rohbau) und aufstrebendem Mauerwerk. Die Traufhöhe ist der Schnittpunkt der Dachaut mit dem aufstrebenden traufseitigen Mauerwerk. Die Firsthöhe ist der Schnittpunkt der Dachaußenhautflächen. Als unterer Bezugspunkt bei Höhenangaben – Traufhöhe, Firsthöhe, Sockelhöhe – wird die Fahrbahnhöhe der nächstgelegenen öffentlichen oder privaten Erschließungsfläche (Fläche mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten) festgesetzt. Ausnahmen von den Festsetzungen zur Höhenlage sind zulässig, wenn ihre Einhaltung zu einer unzumutbaren Härte führen würde. Die Ausnahme von der Höhenfestsetzung darf jedoch nicht zu einer Verletzung der städtebaulichen Grundzüge der Planung führen.

II. FESTSETZUNGEN ÜBER DIE ÄUBERE GESTALTUNG BAULICHER ANLAGEN (§ 9 Abs. 4 BauGB in Verbindung mit § 86 LBauO M-V)

Die Dächer sind als symmetrische Sattel- oder Krüppelwelmdächer auszubilden und mit roter Hartdacheindeckung zu decken. Glanzende und reflektierende Deckungsmaterialien sind nicht zulässig; auszuschließen sind glasierte Dechziegel; zulässig sind engobierte Dachziegel.
Liegende Dachfenster und Dachaufbauten sind zulässig, wenn sie insgesamt 20 % der jeweiligen Dachfläche nicht überschreiten. Die Länge der Dachaufbauten darf nicht mehr als 50 % der zugehörigen Hausseite betragen. Zu den Ortgängen ist ein Abstand von mindestens 1,50 m einzuhalten. Zwischen der Traufe und dem Dachaufbau müssen mindestens 3 Dachziegelreihen durchgehen. Zwerchgiebel und Frontispize sind je Haus nur einmal zulässig. Giebel können mit einem Dachüberstand bis maximal 30 cm ausgebildet werden. Traufseitig sind Dachüberstände bis maximal 50 cm zulässig. Bei Garagen und Nebengebäuden sind die Festsetzungen zur Dachneigung und Dacheindeckung nicht zwingend. Die Dächer von Garagen sind als Satteldächer mit einer Dachneigung zwischen 15° und 35° auszubilden, sofern sie von den allgemeinen Festsetzungen abweichen. Für die Dacheindeckung von Carports, überdachte Stellplätze, sind auch Pultdächer zulässig.

Zur Gestaltung der Außenwände ist ziegelsichtiges Mauerwerk – außer weiße Verblendung- zulässig. Glatt verputzte Außenwandflächen sind nur mit heller Farbgebung in den Farben weiß, beige, hellgrau oder creme zulässig. Holz darf verwendet werden, wenn es nicht mehr als 30 % der gesamten Außenwandflächen in Anspruch nimmt. Fachwerk-

- Nicht zulässig sind:
 hochglänzende Baustoffe (z.B. Edelstahl, emaillierte Elemente, einschließlich Fliesen oder ähnliches)
- kleinteiligere Baustoffe als dünnformatige Ziegel bei Verblendmauerwerk. Für Garagen ist die Gestaltung der Außenwände wie für das zugehörige Wohngebäude vorzunehmen.
- Die straßenseitigen Einfriedungen sind mit einer maximalen Höhe von 1,20 m zulässig. Den Bezugspunkt bildet die Fahrbahnhöhe der anliegenden öffentlichen Verkehrsfläche.

Innerhalb des Geltungsbereiches sind Abfallbehälter auf dem eigenen Grundstück unterzubringen. Die Aufstellplätze für

5. GESTALTUNG VON VERKEHRSANLAGEN UND WEGEN

Als Befestigungsarten für den verkehrsberuhigten Bereich, die öffentlichen Perkflächen und die Gehwege sind klein-teilige Baustoffe, z.B. Natursteinpflaster, Betonpflaster oder Pflasterklinker zu verwenden. Geh- und Radwege sind mit wassergebundenen Decken zu befestigen.

6. BEFESTIGUNG VON FLÄCHEN AUF PRIVATEN GRUNDSTUCKEN Die Befestigung von privaten Stellplätzen und deren Zufahrt sowie von Zufahrten zu Garagen ist mit wasserdurch-lässigen Materialien und/oder Rasengittersteinen und/oder großfugig verlegtem Steinpflaster ohne Fugenverguss zu gestalten. Ein wasserundurchlässiger Unterbau ist nicht zulässig.

1. ANPFLANZGEBOTE

1.1.1 Die Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern sind mit heimischen und standortgerechten Gehölzen zu bepflanzen und dauerhaft zu erhalten. Bei geschlossenen Strauchpflanzungen ist ein Pflanz- und Reihenabstand von 1,00 m einzuhalten. Folgende Arten und Pflanzqualitäten sind zu verwenden:
Bäume 1. Ordnung- Hochstamm, 3xv, Stammumfang 18-20 cm
Bäume 2. Ordnung- Heister, 2xv, Höhe 175-200 cm
Sträucher - 2xv, Höhe 125-150 cm, zu verwenden.

Berg-Ahorn (Acer pseudoplatanus), Spitz-Ahorn (Acer plantanoides), Stiel-Eiche, (Quercus robur), Gemeine Esche (Fraxinus excelsior), Stiel-Eiche (Quercus robur), Sommerlinde (Tilia platyphyllos),

Bäume 2. Ordnung

Hainbuche (Carpinus betulus),

Gemeine Eberesche (Sorbus aucuparia),
Feld-Ahorn (Acer campestre),

Gemeine Haselnuss (Corylus avellana), Weißdorn (Crataegus monogyna / laevigata), Roter Hartriegel (Cornus sanguinea),

Rote Heckenkirsche (Lonicera xylosteum) Efeu (Hedera helix), Europäisches Pfaffenhütchen (Euonymus europaeus), chlehdorn (Prunus spinosa), Rainweide (Ligustrum vulgare), Hunds-Rose (Rosa canina) u.a. Wildrosenspezies, Brombeere (Rubus fruticosus agg.).

1.1.2 Die mit 1,00 m Breite festgesetzten Anoflanzgebote im Bereiche der Stellplatzfläche sind mit schnittverträglichen und standortheimischen Heckengehölzen in der Qualität 2xv, Höhe 100-125 cm zu bepflanzen und dauerhaft zu erhalten. Pro laufenden Meter sind 3 Heckenpflanzen folgender Arten zu verwenden:

Feld-Ahorn (Acer campestre). Hainbuche (Carpinus betulus), Rotbuche (Fegus sylvatica),

1.1.3 Die entlang des südlichen Plangebietsrandes festgesetzte Fläche mit Anpflanzgeboten ist auf 2/3 der Gesamtlänge als 5-reihige Hecke anzulegen und dauerhaft zu erhalten. Pflanzarten und Pflanzqualitäten sind entsprechend Pflanzliste zu verwenden. Alle 25 m ist Baum 1. oder 2. Ordnung als Überhälter zu pflanzen. Das verbleibende Drittel der Fläche ist extensiv zu pflegen und als Krautsaum zu entwickeln 2. ERHALTUNGSGEBOTE

2.1 FLÄCHEN MIT BINDUNG FUR BEPFLANZUNGEN UND FUR DIE ERHALTUNG VON BÄUMEN UND STRÄUCHERN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN SOWIE VON GEWÄSSERN 2.1.1 Der mit Pflanzbindung gekennzeichnete Gehölzbestand ist zu erhalten und bei Abgang standortheimisch gemäß Pflanzliste zu ergänzen.

IV. NACHRICHTLICHE UBERNAHMEN UND HINWEISE (§ 9 Abs. 6 BauGB)

1. VORHANDENES BODENDENKMAL

Das am Rande des Plangebietes vorhandene Bodendenkmal wurde nachrichtlich in die Planzeichnung übernommen. Vor Beginn jeglicher Erdarbeiten muss die fachgerechte Bergung und Dokumentation des gekennzeichneten Bodendenkmals sichergestellt werden. Die Kosten für diese Maßnahmen trägt der Verursacher des Eingriffs (§ 6 Abs. 5 DSchG M-V; GVBI. M-V Nr. 1 vom 14.01.1998, Seite 12 ff.). Über die in Aussicht genommenen Maßnahmen zur Bergung und Dokumentation der Bodendenkmale ist das Landesamt für Bodendenkmalpflege rechtzeitig vor Beginn der Erdarbeiten zu unterrichten. Eine Beratung zur Bergung und Dokumentation von Bodendenkmalen erteilt die zuständige untere Denkmalschutzbehörde bzw. das Landesamt für Bodendenkmalpflege.

2. VERHALTEN BEI BODENDENKMALFUNDEN

Wenn während der Erdarbeiten Funde oder auffällige Bodenverfärbungen entdeckt werden, ist gemäß § 11 DSchG Mecklenburg-Vorpommern (GVbl. Mecklenburg-Vorpommern Nr. 23 vom 28.12.1993, S. 975 ff.) die zuständige untere Denkmalschutzbehörde zu benechrichtigen und der Fund und die Fundstelle bis zum Eintreffen von Mitarbeitern des Landesamtes für Bodendenkmalpflege oder dessen Vertreter in unverändertem Zustand zu erhalten. Verantwortlich sind hierfür der Entdecker, der Leiter der Arbeiten, der Grundeigentümer sowie zufällige Zeugen, die den Wert des Fundes erkennen. Die Verpflichtung erlischt 5 Werktage nach Zugang der Anzeige. 3. ANZEIGE DES BAUBEGINNS BEI ERDARBEITEN

Der Beginn der Erdarbeiten ist der unteren Denkmalschutzbehörde und dem Landesamt für Bodendenkmalpflege spätestens vier Wochen vor Termin schriftlich und verbindlich nitzuteilen, um zu gewährleisten, dass Mitarbeiter oder Beauftragte des Landesamtes für Bodendenkmalpflege bei den Erdarbeiten zugegen sein können und eventuell auftretende Funde gemäß § 11 DSchG Mecklenburg-Vorpommern unverzüglich bergen und dokumentieren. Dadurch werden Verzögerungen der Baumaßnahmen vermieden.

4. VERHALTENSWEISE BEI UNNATÜRLICHEN VERFÄRBUNGEN bzw. GERÜCHEN DES BODENS

Werden bei Bauarbeiten Anzeichen für bisher unbekannte Belastungen des Untergrundes, wie abartiger Geruch, anormale Färbung, Austritt von verunreinigten Flüssigkeiten, Ausgasungen oder Reste alter Ablagerungen (Hausmüll, gewerbliche Abfälle usw.) angetroffen, ist der Grundstückseigentümer als Abfallbesitzer zur ordnungsgemäßen Entsorgung des belasteten Bodenaushubes nach § 11 Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (KrW-/AbfG) vom 27.09.1994 (BGBI. I S. 2705), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25.08.1998 (BGBI. I S. 2455), verpflichtet. Er unterliegt der Anzeigepflicht nach § 42 KrW-/AbfG.

Das Gelände im Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist nicht kampfmittelbelastet. Dies wurde durch das Landesamt für Brand- und Katastrophenschutz - Munitionsbergungsdienst - in der Stellungnahme vom 21.08.2003 mitgeteilt. Um gegebenenfalls erforderliche Sondierungsmaßnahmen im Plangebiet durchführen zu können, ist bis ca. 4 Wochen vor Baubeginn das Landesamt für Katastrophenschutz für Absprachen zu technischen Details und entsprechenden Vereinbarungen zu benachrichtigen. Werden bei Erdarbeiten Kampfmittel gefunden, ohne dass der Munitionsbergungsdienst eingeschaltat war, ist umgehend die örtliche Ordnungsbehörde oder die zuständige Polizeidienststelle und der Munitionsbergungsdienst

6. ZEITRAUM FUR DIE REALISIERUNG VON BEGRUNUNGS-, AUSGLEICHS- UND ERSATZMABNAHMEN

Die Pflanzmaßnahmen einer Feldhecke auf den privaten Flächen sind innerhalb der Pflanzperiode nach Fertigstellung der Erschließungsanlagen – bezogen auf den jeweiligen Erschließungsabschnitt – durchzuführen. 7. HINWEISE ZUM BODENSCHUTZ

Hinzuweisen ist auf die sich aus § 4 Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG) vom 17.03.1998 (BGBI. I S. 502) für den Verursacher einer schädlichen Bodenveränderung oder Altlast, sowie dessen Rechtsnachfolger, den Grundstückseigen-tümer und den Inhaber der tatsächlichen Gewelt ergebenden Rechtspflichten zur Gefahrenabwehr. Für den Fall der Nichterfüllung dieser Pflichten werden zu deren Durchsetzung Maßnahmen gemäß § 10 BBodSchG i.V.m. § 2 AbfBodSchZV durch die zuständige Behörde angeordnet. 8. HINWEISE ZU LEITUNGEN DER TELEKOM

Der Verlauf von Telekommunikationslinien, der durch die Deutsche Telekom AG mitgeteilt wurde, wird im Plan dargestellt Vor Tiefbauarbeiten über oder in unmittelbarer Nähe der Telekommunikationslinien und Anlagen ist es erforderlich, dass die Bauausführenden ca. zwei Wochen vor Baubeginn die aktuellen Bestandsunterlagen einholen und sich in die genaue Lage dieser Leitungen einweisen lassen. Beginn und Ablauf der Erschließungsmaßnahmen sind so früh wie möglich, mindestens drei Monate vor Baubeginn, schriftlich anzuzeigen. 9. HINWEISE ZU LEITUNGEN UND ANLAGEN DES ZWECKVERBANDES

Im Bereich des ehemaligen Kirchweges verläuft die Versorgungsleitung DN 150 Az. Eine konkrete Lage wurde nicht mit-geteilt. Deshalb ist eine Vororteinweisung bei Maßnahmen im Nahbereich dieser Leitung erforderlich. Bei Baumaßnahmen ist ein Mingestabstand von 3 m zu jeglicher Bebauung einzuhalten. Von der Versorgungsleitung sind soweit möglich, 10. HINWEIS ZUR OBERFLÄCHENWASSERBESEITIGUNG

Die Ableitung anfallenden Oberflächenwassers ist auf dem Grundstück vorgesehen. Nur wenn dies gutachterlich belegt nachweislich nicht möglich ist, ist die Einleitung in die Regenwasserkanäle Kirchweg und Straße am Zeltplatz vorzunehmen.

Entsprechend Stellungnahme der e.dis wurde der Leitungsverlauf dargestellt. Da nur eine grobe Information möglich ist, ist rechtzeitig vor Baubeginn eine Einweisung durch den Meisterbereich der e.dis vorzunehmen. Zu den vorhandenen elektrischen Betriebsmitteln sind grundsätzlich Abstände nach DIN VDE 100 und DIN VDE 101 einzuhalten. 12. HINWEISE ZU LEITUNGEN DER HGW HANSE GAS GMbH

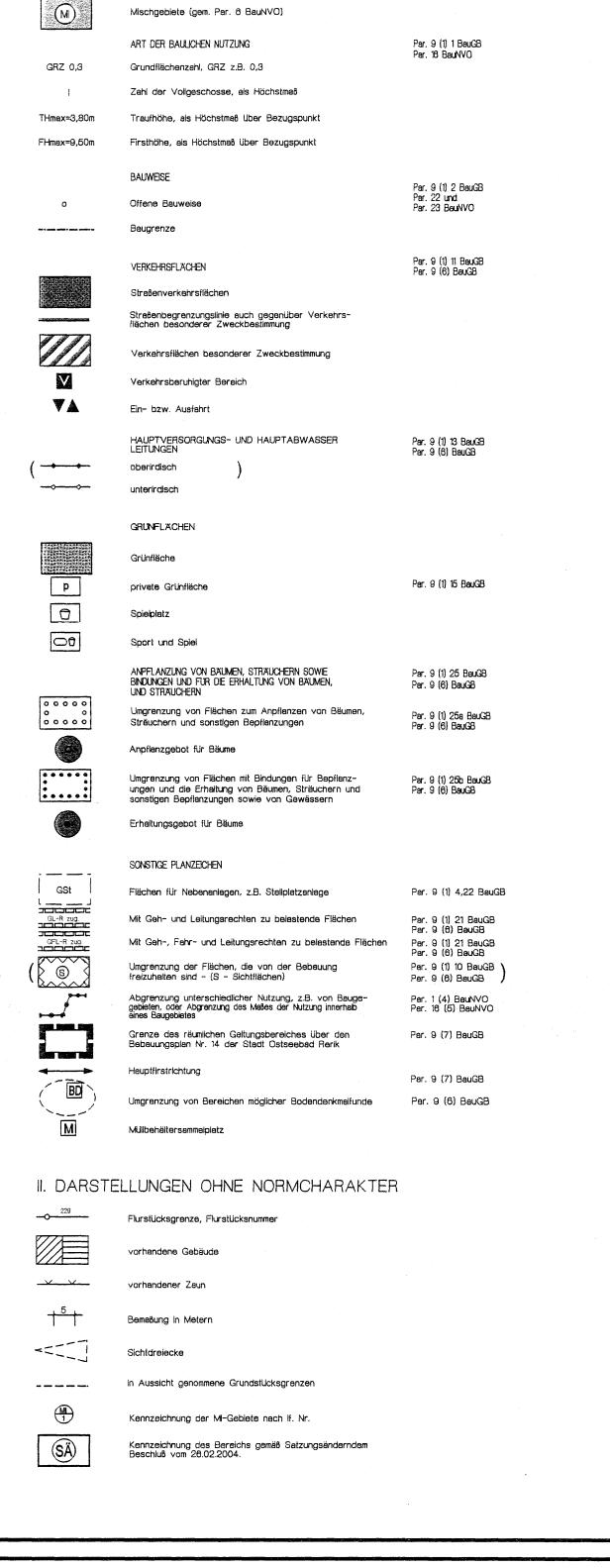
Leitungen der HGW Hanse Gas GmbH befinden sich nach überreichten Unterlagen außerhalb des Plangebietes, nördlich der Straße vom Zeitplatz.

Die Erschließung der Baugrenze durch Flächen, die mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten belastet sind, sind mittels Baulast öffentlich-rechtlich zu sichern. 14. MULLENENTSORGUNG

Die Abfallbehälter sind am Entsorgungstag so bereitzustellen, dass die Anforderungen der Abfallsatzung des Land-kreises Nordwestmecklenburg erfüllt werden können. Sie sind unmittelbar am Rand der öffentlichen Straße im Bereich von Flächer, die mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten belegt sind, bereitzustellen, so dass eine ordnungsgemäße

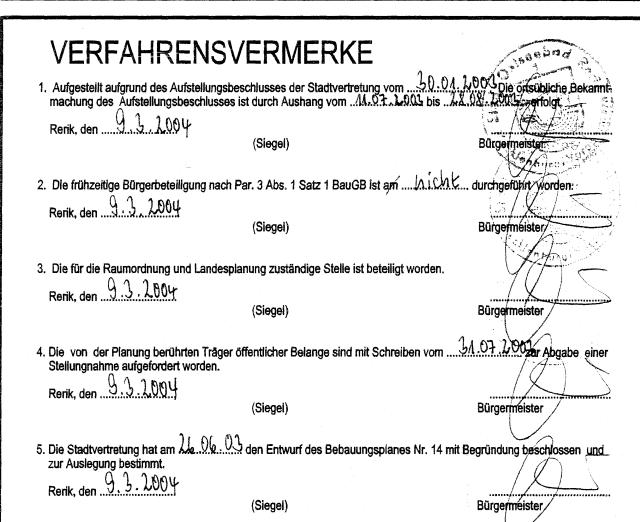
DER STADT OSTSEEBAD RERIK UBER DEN BEBAUUNGSPLAN NR. 14 'PENSION SCHWABE' ZWISCHEN KRICHWEG UND STRABE AM ZELTPLATZ GEMÄSS PAFI. 10 BAUGB I. VERB. MIT PAR. 86 LBAUO M-V

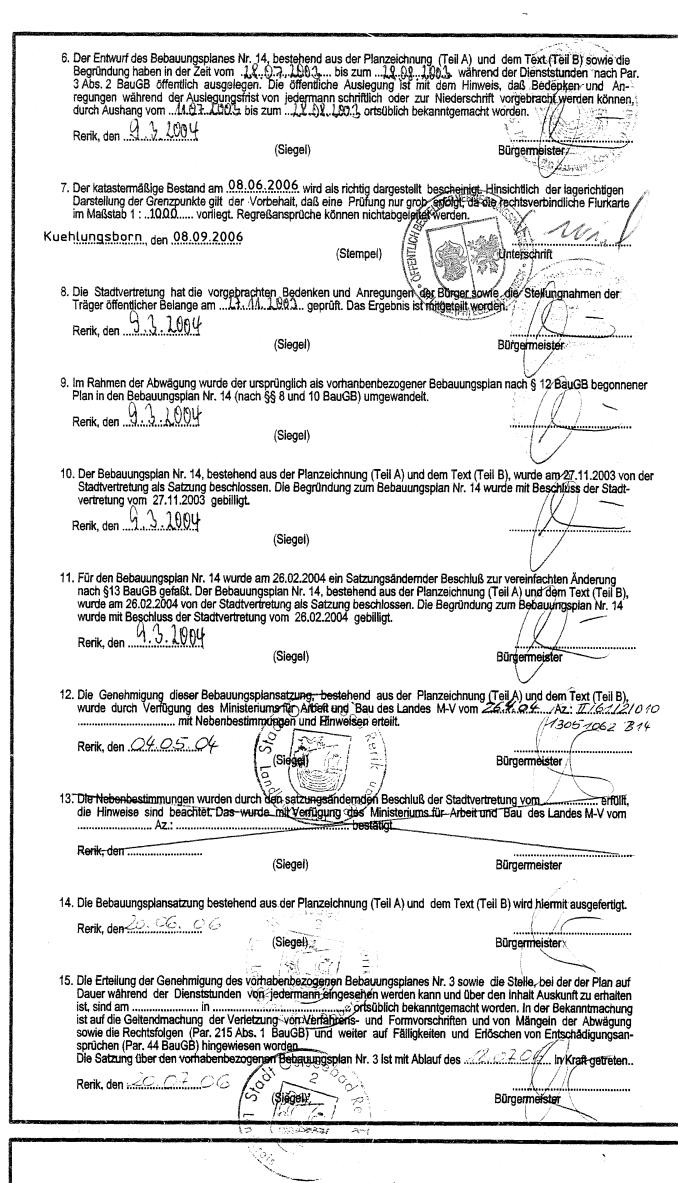
Aufgrund des Per. 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung vom 27. August 1997 (BGBI. I S. 2141), sowie nach der Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 1990 (BGBI. I.S. 132), sowie nach der Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern (LBauO M-V) vom 06. Mai 1998 (GVOBL. M-V S. 468, ber. in GVOBI, S. 612), einschließlich aller rechtsgültigen Änderungen, wird nach Beschlussfassung durch die Stadtvertretung der Stadt Rerik vom 1.461 (LB. 1164) and Durchführung des Anzeigeverfahrens bei der zuständigen Verwaltungsbehörde folgende Satzung über den Bebauungsplan Nr. 14 für das Gebiet Pension Schwaber, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), sowie die örtlichen Bauvorschriften über die



ZEICHENERKLÄRUNG

DIE FÜR DIE BEBAUUNG VORGESEHENEN FLÄCHEN NACH DER BESONDEREN ART DER BAULICHEN NUTZUNG

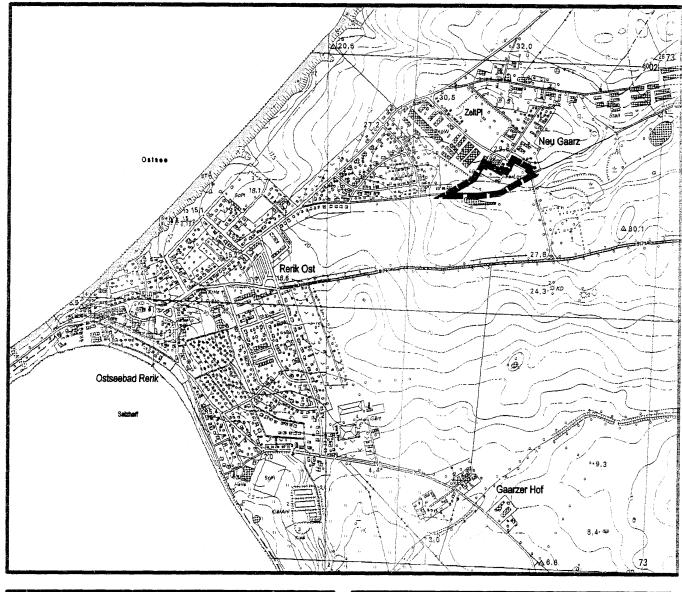




SATZUNG

DER STADT OSTSEEBAD RERIK ÜBER DEN BEBAUUNGSPLAN NR. 14

"Pension Schwabe" zwischen Kirchweg und Straße am Zeltplatz



Planungsbüro Mahnel Rudolf-Breitscheid-Streße 11 Tel. 03881/7105-0 Fax 03881/7105-5 23938 Grevesmühlen

Planungsstand: 27. November 2003 26. Februar 2004 SATZUNG